

## Aussprache

---

### Bauern, Bauernverband und Gewerkschaften

In der Nr. 8/72 der „Gewerkschaftliche Monatshefte“ hat *Onno-Hans Poppinga* Betrachtungen zu diesem Thema angestellt, die nach meiner Ansicht auch aus einem anderen Blickwinkel angesprochen werden sollten. Dabei gehe ich davon aus, daß ich nicht jede gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung mit der Elle

des Klassenkampfes messen kann, sondern, daß zunächst einmal der Mensch im Mittelpunkt jeder Entwicklung steht und ich deshalb zu fragen habe, ob eine bestimmte Entwicklung dem Menschen und damit letztlich der Gesellschaft dient oder nicht.

Natürlich ist es wahr, daß in der westdeutschen Landwirtschaft die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten abgenommen hat und weiter abnehmen wird. Das ist aber keine Besonderheit der westdeutschen Landwirtschaft, sondern ist eine Erscheinung, die wir in den Landwirtschaften praktisch aller Staaten dieser Erde fest-

stellen, gleichgültig, ob man die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen dieser Staaten als kapitalistisch oder als sozialistisch bezeichnet. Läßt man einmal die Frage des Eigentums von Grund und Boden beiseite, so zeigen sich doch in beiden Gesellschaftssystemen zumindest die gleichen Tendenzen, nämlich die Produktivität der Landwirtschaft durch bessere (in der Regel größere) Bewirtschaftungseinheiten und durch eine Reduzierung der Arbeitskräfte zu steigern.

Dabei kann es fast gleichgültig sein, ob diese besseren Bewirtschaftungseinheiten durch Genossenschaften, Kolchosen, Erzeugergemeinschaften oder nur in Teilbereichen, z. B. durch überbetrieblichen Maschineneinsatz oder gemeinsame Viehhaltung, angestrebt werden. Macht man diese Bestrebungen einmal von politischem Ballast und den ideologischen Bremsen frei, dann sind sie in ihrer praktischen Zielsetzung gleich und deshalb eben kein Charakteristikum einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung hier und des Sozialismus dort, sondern sie sind Ausdruck der Zielsetzung aller Volkswirtschaften nach einem ständigen Wachstum, von der sich die Landwirtschaft als Teil der Volkswirtschaft nicht ausschließen kann.

Geht man nun von der Tatsache aus, daß sich in unserer Gesellschaftsordnung strukturelle Veränderungen relativ frei und ohne politischen Druck vollziehen, was zwar das Tempo verlangsamt, aber andererseits auch die Gestaltungsmöglichkeiten erweitert, so läßt sich einfach die Behauptung, die Zahl der groß- und mittelbäuerlichen Betriebe nehme laufend ab, nicht aufrechterhalten.

Abgesehen davon, daß man zur Beurteilung dieser Entwicklung ernsthaft die Frage prüfen müßte, wo zum Beispiel die rund 275 Maschinenringe einzustufen wären, mit deren Hilfe rund 70 000 Landwirte auf etwa 2 Millionen ha Nutzfläche den überbetrieblichen Maschineneinsatz praktizieren, oder welche Rolle die landwirtschaftlichen Lohnunternehmen und die Betriebshelfer heute schon in dem strukturellen Wandlungsprozeß spielen, ergibt

doch die Entwicklung der Betriebsgrößen in den einzelnen Klassen ein anderes Bild als die pauschale Aussage, daß sich die durchschnittliche Betriebsgröße von 1949 bis 1970 von 6,9 auf 10,3 ha erhöht hat.

Es gibt — wenn auch noch nicht ausreichend — eine Wanderung des Bodens zum anderen Wirt. Daß dabei in Hessen freiwerdender Boden nicht zur Vergrößerung eines Betriebes in Niedersachsen dient, ist nicht nur eine räumliche oder Kapitalfrage, sondern auch eine Frage des Nutzwertes dieses landwirtschaftlichen Bodens. Ich will aber hier das Problem der sogenannten Sozialbrache und der damit verbundenen Probleme der Landschaftsgestaltung bewußt umgehen, weil es den Rahmen dieser Betrachtung sprengen würde.

Die Frage des landwirtschaftlichen Nutzwertes des Bodens muß aber im Zusammenhang mit der These Poppingas betrachtet werden, in der Landwirtschaft werde der Preis für das erzeugte Produkt von dem Betrieb mit den höchsten Stückkosten bestimmt, dessen Produktion noch gesellschaftlich notwendig wäre. Wenn diese These richtig wäre, dann könnte es entweder die Hunderttausende von Bauern, die nach Poppinga keinen Reinertrag mehr erzielen, überhaupt nicht geben, oder ihre Produktion wäre gesellschaftlich nicht notwendig und damit praktisch überflüssig.

Weil aber die Preise für die meisten landwirtschaftlichen Produkte nicht von Angebot und Nachfrage und nicht von den Gestehungskosten her gebildet, sondern politisch festgesetzt werden, wird auch von dieser Seite her die These von der kapitalistischen Landwirtschaft mehr als brüchig. Das gilt um so mehr, als die politische Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugerpreise einer Reihe von landwirtschaftlichen Produkten wiederum in fast allen Staaten und überstaatlichen Wirtschaftsgruppierungen der Erde vorgenommen wird, und zwar ohne Unterschied in den verschiedenen Gesellschaftssystemen.

Hier liegt doch eine der entscheidenden Schwächen der Einkommens- und Struk-

turpolitik für die Landwirtschaft. Würden sich die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte wirklich an der Marktlage und an den Gestehungskosten strukturgesunder Betriebe orientieren, dann könnte das die Wanderung des Bodens, die Ausrichtung der Produktion und damit eine Gesundung der Landwirtschaft beschleunigen. Voraussetzung wäre allerdings, daß alle Staaten der Erde, zumindest alle Staaten, die in einer Wirtschaftsgruppierung einen gewissen Freihandel praktizieren wollen, diesen Weg mitgehen.

Eine solche Entwicklung würde aber — ebenso wie die heute gegebene politische Preisbildung — sehr schnell zeigen, daß die Differenzierung zwischen kapitalistischen Bauern, Kleinbauern und Arbeiterbauern für alle Bauern und die Verbraucher mehr Schaden als Nutzen bringen würde. Dabei gehe ich zunächst einmal davon aus, daß im Grunde jeder Betriebsinhaber auch ein Unternehmer sein muß, und aus dieser Sicht gesehen kann mich auch das Beispiel des Milchpreises nicht davon überzeugen, daß eine organisatorische Verbindung zwischen landwirtschaftlichen Unternehmern und Gewerkschaften als der größten Verbraucherorganisation beiden Seiten besondere Vorteile bringen könnte. Hier würde doch sofort wieder die Frage entstehen, was ist „der durchschnittliche Betrieb“ oder die „durchschnittlichen Bedingungen“. Deckt sich das mit meinem „strukturgesunden Betrieb“, oder wollen wir die Gestehungskosten nach einem Betrieb, berechnen, der neben anderen Produktionsrichtungen auch noch 6—12 Kühe hält? Werden die Gestehungskosten auf der Grundlage des Vergleichslohnes für einen solchen Betrieb berechnet, dann gilt der dadurch entstehende Erzeugerpreis für alle Milchproduzenten. Oder sollen wir etwa differenzierte Erzeugerpreise einführen? Bleiben wir bei einheitlichen Erzeugerpreisen, dann würde das doch eben durch die Berechnung auf der Basis des Kleinbetriebes für den technisch und rationell besser arbeitenden größeren Betrieb genau wieder die Differentialrente erbringen, die von Poppinga als negatives Er-

scheinungsbild des kapitalistischen Systems dargestellt wird. Dieses Beispiel könnte man auf eine Reihe anderer Produkte ausdehnen und damit deutlich machen, daß eine organisatorische Verbindung zwischen Gewerkschaften und Kleinbauern keiner Seite Vorteile bringen würde, wenn und solange man glaubt, eine solche Verbindung könne für die Kleinbauern Vorteile auf dem Agrarsektor bringen.

Es ist nun einmal durch die Zielsetzung der Gewerkschaften bestimmt, daß sie im Interesse ihrer Mitglieder an möglichst niedrigen Lebenshaltungskosten interessiert sind. Das wiederum zwingt sie, sich solange für die produktivere Erzeugungsmethode einzusetzen, solange die in dieser Erzeugung Beschäftigten keinen Schaden leiden. — Genauso ist umgekehrt auch der Kleinbauer daran interessiert, daß zum Beispiel der Landmaschinenindustrie, deren Erzeugnisse er für seinen Betrieb benötigt, auch für ihn so rationell und preiswert wie irgend möglich produziert. Hier bestehen nun einmal zwischen Unternehmern — auch wenn sie klein sind — und Arbeitnehmern bestimmte Interessengegensätze, die ausgetragen werden müssen, und die nicht durch ideologische Verkleisterungen aus der Welt zu schaffen sind.

Schwierig wird zugegebenerweise die Situation dadurch, daß die Inhaber vieler landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe auf zwei Schultern zu tragen haben, nämlich einmal als landwirtschaftlicher Unternehmer und einmal als Arbeitnehmer. Diese Schwierigkeit kann aber sicher nicht durch eine neue Organisationsform ausgeglichen werden. Ich persönlich glaube zwar, daß es sich hier um ein Übergangsproblem handelt, weil ich mir auf Dauer einfach nicht vorstellen kann, daß sich Menschen der Dauerbelastung durch zwei Berufe aussetzen, von denen sie praktisch keinen so vollwertig ausüben können, daß ihnen auch zum Beispiel die Aufstiegschancen ihrer sonstigen Berufskollegen offenstehen, und die darüber hinaus bereit sind, in der gewerblichen Wirtschaft verdientes Geld in ihren landwirtschaftlichen Betrieb

zu investieren. Das gilt um so mehr, wenn dieses investierte Kapital nicht verzinst wird.

Trotzdem müssen sich natürlich auch die Gewerkschaften dieser Übergangssituation stellen. Sie können das, indem sie auf ihrem ureigensten Arbeitsgebiet den, ob voll oder teilweise, aus der Landwirtschaft abwandernden Bauern ihre volle Unterstützung und Hilfe auf dem Sektor der neuen Berufstätigkeit anbieten. Daß das nicht ohne Erfolg geschieht, zeigt die Tatsache, daß der Organisationsgrad der „Arbeiter-Bauern“ im Deutschen Bauernverband einerseits und in den DGB-Gewerkschaften andererseits gar nicht so sehr auseinander liegt. Genau das könnte aber auch für beide Seiten eine Brücke zu etwas mehr Verständnis füreinander sein.

Ich will mich hier nicht mit der Kritik von Poppinga an der Politik und der Verfassung des Deutschen Bauernverbandes auseinandersetzen, weil das nicht meine Aufgabe sein kann. Ich meine nur, daß man sich zur richtigen Beurteilung der Gesamtsituation nicht von allgemeinen Pauschalurteilen und einem gewissen Wunschenken leiten lassen darf. Die Satzung des Deutschen Bauernverbandes und seiner Landesverbände mag gestaltet sein, wie immer sie will, wenn es aber tatsächlich so wäre, daß die Masse der Bauern überhaupt keinen Einfluß auf die Politik ihres Verbandes hätte, so ergäbe sich daraus ein vernichtendes Urteil für das politische Urteilsvermögen aller Bauern, die dann praktisch wie eine gedankenlose Hammelherde hinter den Parolen einer Handvoll Funktionäre herliefen. Da ich aber viele Bauern und ihre Ansichten kenne, vermag ich einer solchen Beurteilung beim besten Willen nicht zuzustimmen. Eine andere Frage ist, ob im Deutschen Bauernverband, wie in vielen anderen Verbänden und Parteien und auch in den Gewerkschaften, die große schweigende Mehrheit durch ihre politische Abstinenz unter Umständen politische Aussagen der Spitze ermöglicht, die nicht immer und unbedingt von der Masse der Mitglieder voll mitgetragen werden. Solchen Mängeln aber durch neue und kon-

kurrierende Verbandsgründungen zu begegnen, würde ich praktisch einem politischen Harakiri gleichsetzen, weil es zu einer Zersplitterung und Fehlleitung der aktiven Kräfte zum Nachteil aller Beteiligten führen würde.

Ich kenne keinen demokratischen Verband in der Bundesrepublik, dessen Spitze auf Dauer im Gegensatz zu den Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder Politik machen kann. Also hat das Mitglied das Recht und die Pflicht, auf diese Politik einzuwirken mit dem Versuch, die Richtung mitzubestimmen. Hier könnte der Ansatzpunkt dafür sein, daß der Arbeiter-Bauer, der auch das Leben am gewerblichen Arbeitsplatz kennt, im Bauernverband um Verständnis für das Anliegen der Gewerkschaftsmitglieder und innerhalb seiner für ihn zuständigen Gewerkschaft um Verständnis für agrarische Probleme wirbt. So kann er aktiv und gestaltend in die Verbandspolitik eingreifen. Immerhin waren nach dem letzten Agrarbericht der Bundesregierung im Jahre 1971 45 % der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Nebenerwerbs- und 16 % Zuerwerbsbetriebe. Ich vermag nicht zu glauben, daß sie die Politik ihres Bauernverbandes nicht entscheidend beeinflussen könnten.

Was also bleibt bei objektiver Betrachtung? Sicher nicht der Ruf nach neuen Verbandsgründungen und neuer Zersplitterung. Was bleibt, ist die Notwendigkeit, daß diese beiden großen Gesellschaftsgruppen, Bauernverband und Gewerkschaften, versuchen, in engeren Kontakt zueinander zu treten und diese Kontakte ständig zu pflegen. Man braucht nur an Dinge wie Berufsausbildung, Strukturpolitik und Handelsspannen zu erinnern, um deutlich zu machen, welche Berührungspunkte zwischen diesen Gruppen vorhanden sind. Das könnte allen, auch den Kleinbauern, mehr und dauerhaftere Vorteile bringen, als eine neue Verbandsgründung.

*Alois Pfeiffer, Erster Vorsitzender  
der Gewerkschaft Gartenbau,  
Land- und Forstwirtschaft*